

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands
für die freigewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeitnehmer in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Er erscheint wöchentlich. Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 Mark. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Versandstelle des Verbandes finden nicht statt

Schriftleitung u. Verbandsstelle: Leipzig
Seitzer Straße 30, IV, Aufgang B und C. Ruf 338 19

Anzeigengebühr: Die 8 gespaltene Zeile 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheck Leipzig 56 383. Kassierer: L. Geiß, Leipzig C1, Seitzer Str. 30, IV (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends vormittags

37. Jahrgang

Sonnabend, den 11. März 1933

Nummer 10

Schafft gesundheitliche Preßluftwerkzeuge

Von Ing. Wilhelm Friedel, Berlin.

Zu den neueren Werkzeugen, die sich in den letzten Jahren in steigendem Maße in der Industrie eingebürgert haben, gehören die Preßluftwerkzeuge. Allein in Preußen sind gegenwärtig schätzungsweise 90 000 im Betrieb. Zweifellos bedeutet die Einführung derartiger Werkzeuge einen großen wirtschaftlichen Fortschritt. Man denke nur an die vormals übliche Bearbeitung des Gesteins mit Handhäufler und Bohrmeißel.

Sehen wir jedoch von der rein wirtschaftlichen Seite, die uns in diesem Zusammenhange weniger interessiert, ab, so müssen wir feststellen, daß diese Werkzeuge für den Arbeiter nicht zu unterschätzende gesundheitliche Gefahren in sich bergen. Das ist auch vom Gesetzgeber anerkannt worden, indem er durch Verordnung vom 11. Februar 1929 die Ertränkungen durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen in die Reihe der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten einbezogen hat, d. h. also, daß dem Beschädigten evtl. Rentenanspruch zusteht.

Trotzdem hier einwandfrei anerkannt wird, daß gesundheitliche Nachteile vorliegen, gehen die Meinungen über den Grad der Schädigungen des Arbeiters durch diese Werkzeuge beträchtlich auseinander mit dem Hinweis, daß doch bisher sehr wenig Fälle von Ertränkungen bekannt geworden seien, trotz der großen Verbreitung der Werkzeuge. Das ist u. E. jedoch nicht stichhaltig. Man kann dem entgegenhalten, daß zu derartigen Arbeiten in der Regel kräftige Arbeiter genommen werden. Stellen sich dann irgendwelche Beschwerden ein, so wird der Betroffene, soweit die Möglichkeit gegeben ist, mit anderen Arbeiten beschäftigt. Weiter sei darauf verwiesen, daß ein großer Teil der Preßluftwerkzeuge in den sogenannten Saisongewerben Verwendung findet, so daß ein ununterbrochenes Arbeiten das ganze Jahr hindurch nicht stattfindet, außerdem findet hier ein starker Arbeiterwechsel statt. Der Hauptgrund dürfte jedoch in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Verwendungsdauer dieser Geräte zu suchen sein. Ueber den Umfang der bereits eingetretenen Schädigungen braucht man sich nicht länger in Gelehrtenstreit einzulassen, fest steht, daß Schädigungen zu verzeichnen sind, und das allein ist das Ausschlaggebende.

Es ist deshalb auf Anregung der Gewerkschaften anlässlich der Beratung der Krankheitsverhütungsvorschriften für das Baugewerbe bei den Berufsgenossenschaften verlangt worden, eine Kommission einzusetzen, die sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Dem ist auch entsprochen worden. Sie ist von der deutschen Gewerkschaft für Gewerbehygiene gebildet worden. Die Vorkarbeiten dieser Kommission, in der die Gewerkschaften vertreten sind, sind soweit abgeschlossen, daß voraussichtlich in nächster Zeit Richtlinien für das Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen, sowie Ratsschlüsse für eine gesundheitlichere Gestaltung dieses Werkzeuges, herausgegeben werden.

Für die Gewerkschaften ist gerade das Letztere das Entscheidende, die bessere Konstruktion dieser Werkzeuge.

Ehe auf das Konstruktive eingegangen werden soll, erlähne ich einige Worte über die gesundheitlichen Nachteile, die durch das Arbeiten mit Preßluftgeräten hervorgerufen werden.

Bereits 1924 wies die englische Gewerbeaufsicht auf das sogenannte Absterben der Finger hin. In gleicher Linie liegen zwei Fälle, die in den Jahresberichten der Gewerbeinspektorate für 1925 mitgeteilt wurden. In dem einen Falle mußte ein 57-jähriger Gusspuder, der 12 Jahre mit Preßluftgeräten gearbeitet hat, ein Finger amputiert werden. Wesentlich ernsterer Natur sind die eintretenden Gefäßstörungen, Muskelverkrampfungen und Deformationen (Verunstaltungen) der Gelenke. Es würde zu weit führen, wollte man die vielen Fälle von Muskel- und Gelenkerkrankungen, die u. a. durch die Untersuchungen von Maria Seyring und Baader nachgewiesen wurden, hier im einzelnen behandeln. Zu diesen direkten Schädigungen treten noch die indirekten durch Lärm und besonders in Steinbrüchen durch den entstehenden Staub.

Mit diesem kurzen Hinweis auf die Gesundheitsgefahren durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen wollen wir zum eigentlichen Thema, der Bekämpfung der Schäden, übergehen.

Will man eine möglichst positive Abhilfe der Gesundheitsgefahren erreichen, so muß man sich vor allem erst einmal darüber klar werden, was die eigentlichen Ursachen hierzu sind. Damit kommen wir zum Kernpunkt; der Konstruktion des Werkzeuges.

Sehen wir von der allmählich leicht abzu-
stellenden Nachteilen, wie ungünstige, den Ar-

Bundesausschuß-Sitzung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erörterte in einer schon in der vergangenen Woche anderaumten Sitzung die politische Entwicklung der letzten Wochen und die politische Lage.

Die Aussprache ergab volle Übereinstimmung über die vom Bundesvorstand in der letzten Zeit befolgte Politik. Die jüngsten Ereignisse, der Brand im Reichstag und seine politischen Folgen, wurden in ihrer weittragenden Bedeutung gewürdigt. Die Vertreter der Gewerkschaften sprachen ihren Abscheu und ihre Entrüstung über die Brandstiftung aus. Die Gewerkschaften nehmen die deutsche organisierte Arbeiterschaft entschieden in Schutz gegen den Verdacht, daß einer aus ihren Reihen zu den Anstiftern des Attentats gehöre. Sie erblicken in der Brandstiftung nicht nur einen

beiter belästigende Anordnung der Öffnungen für die ausströmende Druckluft, Zahl und Anordnung der Haltegriffe, ab, so bleibt als Hauptnachteil der starke Rückstoß des Werkzeuges auf den Arbeiter.

Man führt die Ursache des Rückstoßes auf die Bildung eines Kompressionsorgans an der unteren Seite des herabgehenden Kolbens zurück, das eine plötzliche Rückstoßbewegung bewirkt, die der Arbeiter als Schlag empfindet. Dieser Rückstoß muß also kompensiert (ausgeglichen) werden, soll der Rückstoß aufgehoben oder abgemildert werden. Das kann nun konstruktiv verschieden gelöst werden.

So hat eine Düsseldorf-Firma einen Hammer herausgebracht, der den Rückstoß durch luftgepolsterte Handgriffe zu bekämpfen versucht. Mit diesem Gerät sind vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund und in Sandstein Versuche angestellt worden, auf die hier, da sie für die Rückstoßfrage von Bedeutung zu sein scheinen, etwas ausführlicher eingegangen werden soll.

Bei den Versuchen arbeitete das Werkzeug (Spitzhebel, Döpper oder Bohrmaschine) in senkrechter und waagrechter Lage und wurde frei von der Hand gehalten.

Die ersten Versuche wurden mit Riethämmern angestellt. Es wurden drei verschiedene Werkzeuge von 5, 8, 9 und 12 Kilogramm Gewicht verwendet, bei denen der Döpper in senkrechter Stellung gegen mittelhartem Sandstein arbeitete. Leider haben diese Versuche kein klares Bild ergeben. So wurde z. B. der Hammer mit dem nachweislich größten Rückstoß, subjektiv (persönlich) als am angenehmsten empfunden, trotzdem gerade dieses Werkzeug bei längerer Benutzung auf den Arbeiter die stärksten Schädigungen hervorrufen dürfte. Man sieht also, daß es außerordentlich gefährlich wäre, wollte man sich bei Beurteilung eines Preßluftwerkzeuges in bezug auf seine nachteilige Einwirkung auf den Gesundheitszustand zu sehr von der gefühlsmäßigen Einstellung leiten lassen. Ueberwiegend war auch die Feststellung, daß der Hammer mit der geringsten Schlagzahl pro Minute das relativ günstigste Ergebnis zeigte. Bisher galt allgemein die Auffassung, daß die höhere Schlagzahl für den Rückstoß die günstigere wäre.

Erwähnt sei noch, daß die ausprobierten Riethämmer keinen Rückstoß vermindernde Einrichtung besaßen, wie die beiden nachstehend beschriebenen Bohr- und Abbauhämmer, so daß die Versuche in diesem Rahmen weniger interessieren, da kein Vergleichswert gegeben ist.

Bei den Versuchen mit Bohr- und Abbauhämmern war der am oberen Ende befindliche gewöhnliche Handgriff gegen einen solchen vertauscht, der durch eine kleine Kolbenstange mit einem Scheibenbolzen fest verbunden war. Dieser Scheibenbolzen befindet sich in einem hinter dem Arbeitsschinder liegenden Raum, der ebenfalls mit Preßluft ausgefüllt ist. Dieses Luftpolster hinter dem Arbeitsschinder dient als Druckausgleich. Durch die Wucht des Rückstoßes wird gespannte Luft aus dem Raum vor dem erwähnten Kolben durch Schlitzeöffnungen hinter den Kolben gepreßt. Durch diesen Vorgang soll ein Teil der Rückstoßkraft abgefangen werden. Das ist kurz geschildert der technische Vorgang.

Betrachten wir zunächst einmal das Ergebnis bei den Abbauhämmern. Der Hammer wog ohne Feder und Werkzeug 11 Kilogramm und hatte eine Länge ohne Feder und Werkzeug von 485 Millimeter. Die Schlagzahl betrug 875 pro Minute. Gearbeitet wurde einmal mit und ohne luftgepolsterten Handgriff. Wie ist nun das Resultat zwischen beiden Hämmern? Bei gleich-

bleibender Schlagzahl des Hammers betrug der größte Rückstoß bei dem nicht luftgefederten Hammer in Kilogramm aufgedruckt 3,7 Kilogramm, wogegen der luftgefederte Hammer nur einen Rückstoß von 0,96 Kilogramm ausübte. Das heißt also, daß der Arbeiter mit dem luftgefederten Hammer nur ein Viertel des bisher empfundenen Rückstoßes auffangen muß. Ähnlich, wenn man auch nicht ganz so günstig, liegen die Verhältnisse beim Bohrhammer. Der Hammer hatte folgende Daten:

Länge ohne Feder und Werkzeug 480 Millimeter, Gewicht ohne Feder und Werkzeug 18 Kilogramm, Schlagzahl in einer Minute 1390. Wieder wurde je ein Hammer mit und ohne luftgepolsterten Handgriff verwendet. Das Ergebnis war folgendes: Nicht luftgefedertes Hammer Rückstoß 35,3 Kilogramm, luftgefedertes Hammer 20 Kilogramm. Also auch hier Herabminderung des Rückstoßes um knapp die Hälfte! Wie stark die einzelnen Werkzeuge im Rückstoß voneinander abweichen, zeigt der Vergleich dieser beiden Hämmer. Der Bohrhammer ohne Luftfederung hat nahezu einen zehnfach so starken Rückstoß wie der Abbauhammer ohne Luftfederung. Bei den luftgefederten Hämmern beträgt die Differenz sogar das zwanzigfache.

Das Kaiser-Wilhelm-Institut kommt zu folgendem Ergebnis auf Grund seiner Versuche:

Der luftgefederte Handgriff an Preßluftwerkzeugen vernichtet einen Teil des Rückstoßes.

Weiter hat sich gezeigt, daß besonders die von Herstellerseite immer wieder ins Feld geführte Leistungsverminderung durch abgedeckte Hämmer bei den Versuchen nicht eingetreten ist, obwohl Schlagzahl als auch größter Arbeitsdruck des Werkzeuges (gemeint ist hier nicht der Rückstoß) blieben bei luftgefedertem und nicht luftgefederten Hämmern annähernd gleich. Es wird sogar die Meinung vertreten, daß der luftgefederte Hammer mehr leistet. Doch hierüber möge sich die Fachleute einigen, für die Gewerkschaften ergeben sich folgende Forderungen für die Gestaltung der Geräte, um die Gesundheitsgefahren der Arbeiter durch das Arbeiten mit derartigen Werkzeugen zu vermindern:

1. Begrenzung des Rückstoßes in Kilogramm, gestaffelt nach Art und Größe des Werkzeuges;

2. Geeignete Steuerung der Druckluft zur Vermeidung plötzlicher, starker Druckveränderungen;

3. Ermittlung der für den Rückstoß günstigsten Schlagzahl und Druckverhältnisse.

Wenn wir diese Forderungen aufstellen, so sind wir uns vollständig klar darüber, daß angesichts der starken Verbreitung der Werkzeuge nicht von heute auf morgen allen unsern Wünschen entsprochen werden kann. Was aber gefordert werden muß, ist, daß auf die Herstellerfirmen in erhöhtem Maße eingewirkt wird, ihre bisherigen Konstruktionen entsprechend den vorliegenden Versuchsergebnissen zu überprüfen und für rückstoßdämpfende Fabrikate zu sorgen.

Gewiß wird es zweckmäßig sein, für den Übergang gewisse Richtlinien über Arbeitszeit der Preßluftarbeiter, Mindestalter, Behelfsmittel, wie Gummihandgriffe, elastisches Glied zwischen Arbeiter und Hammer, möglichst große Verwendung von Einspannvorrichtungen und dergleichen zu schaffen. Letztes Ziel muß jedoch die konstruktive Umgestaltung der heutigen Werkzeuge sein. Den Herstellerfirmen, die sich heute noch scheuen, an diese Fragen heranzutreten, kann entgegengehalten werden, daß sich nur das Fabrikat auf dem Markte behaupten wird, das große Leistung mit gesundheitlicher Gestaltung verbindet.

Kandidaten zum Verbandstag

Zur näheren Bezeichnung des Wahlkreises ist neben der laufenden Nummer des Wahlkreises ein Ort deselben bzw. der Bezirk angegeben.

A. Steinarbeitergruppe

- | Wahlkreis | Zu wählende Delegierte: |
|------------------|---|
| Berlin: | Joseph Jung, Paul Kola-
kowsky, Berlin; Joseph Dobber-
stein, Pargim 1 |
| Striegau: | Fritz Wagner, Striegau;
Otto Vogt, Bohrauseifersdorf; Richard
Walter, Grlachsdorf; Alfred Blü-
mel, Striegau; Gustav Dartsch, Häs-
lich; Kurt Laugwitz, Thurnitz 3 |
| Strehlen: | Fritz Häusler, Strehlen;
Alfred Jelt, Gorkau 1 |
| Ströbel: | Bruno Großmann, Nieder-
linda; Hermann Spielmann, Klemens
Reimann, Ströbel 1 |
| Arnsdorf: | Paul Herkner, Arnsdorf;
Fritz Friedel, Königshain 1 |
| Breslau: | Georg Lustig, Breslau; Ernst
Dehmel, Bunzlau 1 |
| Wabau: | Hans Schwarz, Franz Lieb,
Gustav Schniebs, Wabau 1 |
| Demitz-Thumitz: | Georg Stadler,
Alwin Schuster, Demitz-Thumitz 2 |
| Häslitz: | Richard Thomische, Häslitz;
August Schiefner, Kamenz 1 |
| Dresden-Pirna: | Albert Mönch, Dresden;
Alfred Schlesinger, Pirna; Emil
Fischer, Meißen 1 |
| Wurzen: | Gustav Lohan, Wurzen; Oskar
Müller, Hohburg; Arthur Jost, Her-
mann Rehnert, Altenhain 2 |
| Leipzig: | Wag Winkler, Zwickau; Jo-
seph Kunze, Wittweida; Erwin Mel-
zer, Chemnitz 1 |
| Wilsleben: | Richard John, Franz Ernst,
Wilsleben; Otto Rehfeld, Bernburg;
Gustav Banik, Gustav Kriszik,
Gommern 1 |
| Vangensaß: | Joseph Balling, Vangen-
saß; Karl Montag, Halle; Karl
Linke, Magdeburg 1 |
| Magden: | Jakob Haupt, Magden; Jakob
Schlich, Obermendig 1 |
| Köln: | Stephan Lenz, Gummersbach;
Joseph Malet, Schüren; Nikolaus
König, Köln; Stephan Schmitz, Wup-
perthal-Elberfeld; Christian Stoll, Essen 1 |
| Walz: | Heinrich Luge, Rammelsbach 1 |
| Odenwald: | Friedrich Weidenhammer,
Hemsbach; Heinrich Müll, Mannheim 1 |
| Fichtelgebirge: | Hans Werner, Karl
Kiepling, Schwarzenbach a. S., Hans
Pfeifer, Fritz Paulsch, Kirchenlamitz 1 |
| München: | Johann Moser, Johann
Grabmeier, München; Michael
Heimkreiter, Passau; Franz Ellin-
ger, Fürstentum; Joseph Schneider,
Ruhmannsfelden; Martin Fröhler,
Johann Kraus, Großlattengrün; Lu-
wig Sider, Metten 1 |
| Wurzberg: | Emil Grunkel, Kirchheim;
Hans Gerner, Winterhausen; Hans
Kunath, Versbach 1 |
| Wittföhring: | Heinrich Schorr, Ueber-
mashofen; Andreas Doppel, Eilmann 1 |
| Nürnberg: | Mois Ernst, Augsburg;
Georg Linz-Bed, Oskar Schreyer,
Steinach; Gustav Reichert II, Birg-
stadt 1 |
| Oberhessen: | Karl Groß, Breitenborn;
Willy Dörr II, Nieder-Osleben 1 |
| Frankfurt a. M.: | Franz Wolff, Marien-
berg; Heinrich Müller, Geilmün; Joseph
Rehl, Frankfurt a. M., Hermann Sar-
holz, Wiesbaden; Konrad Höhn,
Wölsferbitt 1 |
| Kassel: | Konrad Reiss, Kassel; Heinrich
Ludwig, Großenritte 1 |
| Hannover: | Willy Marquardt, Heinrich
Fricke, Harzburg; Heinrich Haupt,
Hermann Rieck, Wernigerode; Albert
Gagedorn, Wolfshagen; Willy Bod,
Hannover 1 |
| Bremen: | Gustav Meier, Bremen; Jo-
seph Droll, Osnabrück 1 |
| Hamburg: | Karl Neumann, Hamburg;
Franz Klinger, Lübeck 1 |
| Bildhaer: | F. W. Liebers, Alfred
Knappe, Dresden, Ernst Rathmann,
Berlin 1 |

B. Steinfegergruppe

- | | |
|----------------------|--|
| Berlin: | Otto Maus, Alfred Denke,
Berlin 1 |
| Dortmund und Danzig: | Eduard Gru-
ber, Dortmund; Otto Ghm, Danzig 1 |

Das Wohnungsbauprogramm der Bevölkerungsstatistiker

1 Million Haushaltungen in Untermiete - 1,5 Millionen neue Haushaltungen bis 1940 - 2 Millionen Wohnungen Mindestbauprogramm

Die Bevölkerungsstatistik hat die Legende vom gestiegenen Wohnungsbedarf endgültig zerstückelt. Der für den Wohnungsneubau der nächsten dreißig Jahre in Betracht kommende Bevölkerungsteil ist bereits geboren, die genaue Ermittlung seines Wohnungsbedarfs ist deshalb heute möglich.

In Band 401 Teil II der Statistik des Deutschen Reiches wird der künftige Zuwachs an Haushaltungen bis 1940 mit 1.640.000 errechnet. Mit dem laufenden Wohnungsabbruchbedarf von 140.000 und mit 300.000 aufgehobenen Gründungen eigener Haushalte ergibt sich, daß in den nächsten sieben Jahren über zwei Millionen Wohnungen gebaut werden müßten, um den status quo zu halten, d. h. dafür zu sorgen, daß der heutige Zustand mit 1 Million Haushaltungen in Untermiete nicht noch schlimmerem Wohnungselend Platz macht. Die Räumung der Glendquartiere in den Altstädten, der seit Kriegsausbruch aufgestaute Abbruchbedarf, die massenhafte Beanspruchung eigener Wohnungen der in Untermiete Wohnenden bei wiederkehrender Kaufkraft sind dabei völlig unberücksichtigt geblieben.

Die Gegner des Wohnungsbaues berufen sich gern auf das Sinken der Geburtenziffern in Deutschland und auf die Unvermietbarkeit von Neubaugewohnungen, um zu beweisen, daß der Wohnungsbedarf gedeckt, der in den Wohnungsneubau jetzt noch hineingesteckte Kapitalaufwand vertan sei. Die Wahrheit ist aber, daß die Geburtenziffern noch immer über den Sterbeziffern liegen und vor 1945 von den Sterbeziffern nicht überholt werden dürften. Den geringen Geburtenziffern stehen nämlich infolge des abnormen Altersaufbaues in Deutschland und der tatsächlich verlängerten Lebensdauer der einzelnen In-

dividuen noch geringere Sterbeziffern gegenüber. Die Ueberschneidung der beiden Linien wird erst um das Jahr 1945 eintreten.

Die Nachfrage nach zusätzlichen Kleinwohnungen reißt bis zum Jahre 1960 nicht ab. Dann rückt die heutige, ungewöhnlich stark besetzte Erwerbsjahrgangsklasse in das Sterbealter ein. Die Vermietbarkeit der Wohnungen würde dann in der Tat schwierig werden, wenn nicht inzwischen neuer Wohnungsbedarf durch den Abbruch der verworbenen Altküden entstanden sein sollte. Bis dahin aber ergibt sich nach den Berechnungen der Bevölkerungsstatistiker ein Zuwachs von 3 bis 3 1/2 Millionen Haushaltungen, für die mindestens die gleiche Zahl billiger und menschenwürdiger Wohnungen gebaut werden muß!

Ueber das Leerstehen von Wohnungen ist zu sagen, daß wir noch keine unvermietbaren billigen Kleinwohnungen gesehen haben. Die Verbesserung der Kaufkraft würde auch die aufwendiger gebauten größeren Wohnungen vermietbar machen. Diese Kaufkraft kann geschaffen werden durch ein Wohnungsbauprogramm, das zunächst mit der Erstellung von rund zwei Millionen Wohnungen bis zum Jahre 1940 nur der Erhaltung der heutigen Wohnungsverhältnisse zu dienen hätte. Die Verbundenheit der Bauwirtschaft mit zahlreichen Verbrauchsgüterindustrien würde durch die sinnvolle Beschäftigung von Millionen Händen und Hirnen den Arbeitsmarkt, die Wohlfahrtskassen, die Kriminalgerichte und die Gefängnisse entlasten. Der Lebensmittelfonsum würde steigen. Der Bauer hätte zu leben. Arbeiter und Bauern: Sollte denen nicht geholfen werden?

Marxismus und Klassenkampf

Zu diesen beiden zu Schlagwörtern herabgezerrten Begriffen, mit denen unsere Gegner in der Jetztzeit so viel Unruhe treiben, schreibt uns ein Berufskollege seine Auffassung in Form des nachstehenden lebenswerten Aufsatzes. Nach dem Lesen wird sich aus unseren Reihen mancher im stillen fragen: „Und das will man austrotten?“

Schlagwörter und Schlagzeilen sind heute das geistige Futter großer Volkskreise. Damit hat man erreicht, daß diese und ein Teil der Arbeiter in einen Zustand geistiger Gleichgültigkeit versetzt wurden. Das selbständige Denken sinkt bei ihnen auf einen niedrigen Stand. Die kurzen Schlagwörter und Phrasen werden unverarbeitet als bare Münze hingenommen. In dem Zusammenhang, in den sie gebracht werden, wirken sie sinnverwirrend, werden daher nicht verstanden und führen zur Volksverwirrung.

Zwei ganz besonders gebrauchte sind „Marxismus“ und „Klassenkampf“. Die das Wort „Marxismus“ am meisten gebrauchten, haben am allerwenigsten mit Marxismus etwas zu tun. Man fabriziert aber so die allermodernsten Vorstellungen. Wenn man aber unsere politischen Führer dadurch abwürgen will, daß sie als Marxisten für alles verantwortlich gemacht werden, so steht hinter solchem Beginnen kein großer Geist, sondern eine gewissenlose Demagogie (Volksverführung). Den Massen werden nur die öffentlichen Vorgänge in entstellter Form gezeigt, nicht aber die Kräfte- und Machtverhältnisse, die immer bestimmend sind für jede Politik, auch für die kommende. Man versucht, den Marxismus identisch mit der verfallenen politischen Periode zu erklären. Man macht ihn zu einem System. Welch einfache Methode, eine Wissenschaft zum Mittel gegen sie selbst machen zu wollen. Sit denn alle Erwerbslosigkeit und alle Verelendung durch das politische Leben verursacht, oder ist es nicht vielmehr die kapitalistische Wirtschaft? Die von Elend und Not Betroffenen sind einzig und allein die Opfer dieser widerwärtigen Wirtschaft. Die Demagogen werden wohl nicht behaupten, die Wirtschaft sei nicht kapitalistisch, sondern auch marxistisch. Man kann es nicht wissen und muß sich vorsehen.

Marxismus ist für die Arbeiterklasse die Wissenschaft, durch die sie Aufklärung über ihre Stellung in der kapitalistischen Wirtschaft erhält. Die Mängel in dieser Wirtschaft werden festgestellt und nachgewiesen, daß diese von dem Kapitalismus, durch seine eigenen Gesetze nicht beseitigt werden können, wohl aber auf Kosten der Arbeiterklasse vermehrt und vergrößert werden. Man kann verstehen, daß der Kapitalismus mit aller Energie sich wehrt, wenn ein Wissenschaftler wie Karl Marx den Arbeitern klar zeigt, wo die Uebel und Ursachen stecken, die die Arbeiter zur Klasse der Ausgebeuteten machen, und wie und in welchem Grade ihre Ausbeutung vorgenommen wird und ihre Verelendung wächst.

Die größte Tragik des Kampfes gegen den Marxismus ist, daß man die Opfer eines wider-

sinnigen Wirtschaftssystems als die Schuldigen hinstellt. Man schimpft über Marxisten und kann sich nicht hysterisch genug dabei gebärden. Wir sind die Opfer, die man durch Phrasen zu Schuldigen machen will! Wir, die wir seit Jahren keinen Broterwerb haben, wir, die die Opfer eines kapitalistischen Raubbauwirtschafts unserer Arbeitskraft sind, wir sind nur die Opfer eines kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Wir wir Marxisten sind, haben wir diese Zusammenhänge und Ursachen erkannt, und niemand soll uns daran hindern, auch den letzten Arbeiter auf die Herkunft und Zusammenhänge des Elends mit der kapitalistischen Wirtschaft aufmerksam zu machen. Marxismus wird es geben, so lange es kapitalistische Wirtschaft und Ausbeutung gibt. Marxismus wird es aber auch noch geben, wenn alle Phrasen und Schlagwörter verpufft sind. Der Marxismus zeigt der Arbeiterkraft, daß die Ursachen des Klassenkampfes in der eigenen Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegen. Der kapitalistische Produktionsprozeß setzt den Produktionsmittelbesitzer und den freien Arbeiter, Klasse der Besitzenden und Klasse der Besitzlosen, voraus. Ohne diese Voraussetzung wäre eine kapitalistische Wirtschaft überhaupt nie möglich, und das Ergebnis werden immer Klassengegensätze und Klassenkämpfe sein. Die Gegner des Marxismus reden und schreiben mehr als genug vom Klassenkampf und seiner Beseitigung. Die ganzen Phrasen sind nichts, weil man nicht die Ursachen des Klassenkampfes, die Klassen selbst aufheben will. Wir Arbeiter als Marxisten führen den Klassenkampf nicht um des Klassenkampfes willen, sondern um die Beseitigung der Klassen. Dies ist aber nur möglich, wenn wir den Kampf führen gegen den Kapitalismus für den Sozialismus. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln muß in Gemeineigentum umgewandelt werden. Wir sind gezwungen, uns zu wehren, weil uns die kapitalistische Wirtschaft nicht leben läßt, obwohl wir ihr Lebenselement sind. Wir wehren uns bis zur Beseitigung der Ursachen des Klassenkampfes, und das ist die kapitalistische Wirtschaft. Wir wehren uns gegen den Klassenkampf von oben für eine freie sozialistische Wirtschaft. Wer gegen uns kämpft, der will die Unterdrückung und Anrechnung der Arbeiterklasse. Die Arbeiter wären tatsächlich Schwächlinge, wenn sie den Klassenkampf von oben geduldet ertragen würden. Nein! ihre, also unsere Parole lautet trotz aller Machenschaften: Durch „Freiheit“ für den Sozialismus nach der marxistischen Grundlehre! Stef. Schmitz.

Die Entwicklung des deutschen Straßenteerconsums

Ueber die Entwicklung des deutschen Straßenteerconsums hat kürzlich der Provinzialbau Rat G r o s s j o h a n n, Düsseldorf, sehr interessante Daten in der schweizerischen „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ veröffentlicht. Danach betrug der deutsche Straßenteerconsum im Jahr 1924 nur 3000 Tonnen. 1926 war die Verbrauchsziffer bereits auf 60 000 und 1928 auf 97 000 Tonnen gestiegen. Im Jahre 1930 wurde die bisherige Rekordziffer von 151 000 Tonnen erreicht, aber 1931 erfolgte bereits wieder ein Rückfall auf 110 000 Tonnen. Im abgelaufenen Jahr dürfte die Verbrauchsziffer kaum höher als 1931 gewesen sein.

Welch geringe Bedeutung die Verwendung des Straßenteers in Deutschland trotz des rapiden Aufstiegs noch besitzt, geht aus dem Vergleich zwischen Straßenteerverbrauch und Teerzeugung im Inland hervor. Danach betrug der deutsche Straßenteerverbrauch 1930 und 1931 nur 10 bzw. 11 Prozent der deutschen Teerzeugung. In den Vereinigten Staaten wurden 1930 26 Prozent und 1931 29 Prozent der nationalen Teerzeugung zur Straßenteerzeugung verwertet. In England 40 bzw. 48, in Frankreich 76 bzw. 84 und in der Schweiz 55 bzw. 60 Prozent.

- Wahlkreis:** Zu wählende Delegierte:
32. **Stettin:** Fritz Hü b n e r, Stettin; Paul Kurzweg, Landsberg a. d. Warthe; Joseph Czaja, Lauenburg 1
 33. **Beuthen:** Paul Gotwald, Gleiwitz; Joseph Reichelt, Oslaw; Karl Schmiedel, Reichenbach i. Schl. 1
 34. **Breslau:** Paul Nicolaus, Breslau; Emil Jüttner, Kottbus; Ernst Schreiber, Liegnitz; Wilhelm Wolf, Grünberg 1
 35. **Sächsishe Jahrestellen:** Hermann Kirchof, Edmund Voigt, Dresden; Hermann Reinhardt, Leipzig; Clemens Trensch, Zwickau 1
 36. **Magdeburg:** Walter Lange, Magdeburg; Paul Krabel, Delitzsch 1
 37. **Halle:** Paul Reifner, Halle; Paul Fiedler, Gera; Friedrich Peter, Könnern; Wilhelm Voigt, Weipenfeld; Kurt Martin, Zeitz 1
 38. **Essen:** Edmund Krogmann, Essen; Wilhelm Reinhardt, Bottrop; Fritz Scholl, Hugo Reiner mann, Dortmund 1
 39. **Zahlstellen des VI., VII. und VIII. Gau:** Paul Jauper, Augsburg; Georg Höpfer, Nürnberg 1
 40. **Zahlstellen des IX. Gau:** Philipp Wenzel, Mainz; Johannes Hamburger, Langenfeld 1
 41. **Zahlstellen des X. Gau:** Heinrich Schreiber, Hannover; Bernhard Koch, Kassel; Ernst Walter II, Hildesheim 1
 42. **Hamburg:** Adolf Meins, Willi Seilmann, Hamburg 1
 43. **Bremen:** Heinrich Wessels, Bremen; Herm. Schulze, Varel; Otto Schwendler, Wesermünde-Bremerhaven 1
 44. **Lübeck:** Hans Traulau, Lübeck; Richard Möller, Ernst Rade, Kiel; Heinrich Nissen, Flensburg; Wilhelm Brinkmann, Bielefeld 1

Wahlordnung

1. **Wahlberechtigt** sind nur Mitglieder, die ihr Verbandsbuch oder ihre Interimskarte in Ordnung haben.
2. Die **Hauptwahlen** sind in der Zeit vom 12. bis 19. März vorzunehmen.
3. **Als gewählt** gilt der Kandidat, der mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.
4. Hat kein Kandidat die absolute Mehrheit, so findet zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen eine **Stichwahl** statt.
5. Die **Stichwahlen** sind in der Zeit vom 2. bis 9. April.
6. Auf die **Stimmzettel** sind soviel Namen zu schreiben, als Delegierte in dem betreffenden Wahlkreis zu wählen sind.
7. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, sind **ungültig**.

Der Sterbefall in der Unfallversicherung

Nach § 555 der Reichsversicherungsordnung ist in der Unfallversicherung Gegenstand der Versicherung der Erlass des Schadens, der dem Versicherten durch Körperverletzung oder Tötung entsteht. Selbstverständlich ist Voraussetzung, daß der Tod durch einen anerkannten Betriebsunfall herbeigeführt ist. Der Tod muß mit dem Betriebsunfall in Zusammenhang stehen. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß der Tod direkt bei oder kurz nach dem Betriebsunfall an der Betriebsstätte eingetreten ist (tödlicher Unfall). Es genügt vielmehr auch für die Geldentmachung von Ansprüchen, daß der Tod später — etwa gar Jahre nach dem Unfall — eintritt. Voraussetzung ist nur, daß der Tod auf den Unfall oder auf die Folgen eines solchen zurückzuführen ist. Der Tod muß mit dem Unfall in Zusammenhang stehen oder wenigstens mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einem solchen in Zusammenhang stehen. So ist beispielsweise der Tod als entschuldigend anzuerkennen, wenn in eine im Betrieb zugezogene Wunde zu Haus in der Wohnung des Versicherten Schmutz kommt und der Versicherte infolge Blutvergiftung stirbt. Ein Herzschlag infolge hochgradiger Aufregung und Furcht vor einer sich durch den Unfall nötig machenden Operation ist ebenfalls als Betriebsunfall anzuerkennen. Dasselbe gilt bei Tod infolge eines Eingriffes, den ein Arzt zur Beseitigung eines von ihm als Folge eines Betriebsunfalls angesehenen Leidens vorgenommen hat. Um Ansprüche mit Erfolg stellen zu können, muß festgestellt werden, daß der Tod mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den Unfall zurückzuführen ist. Die Hinterbliebenen können (§ 1559 RVO.) an die zuständige Ortsbehörde den Antrag stellen, daß die Leiche zur Feststellung der Todesursache geöffnet wird. Ist die Leiche schon beerdigt, so kann zu dem gedachten Zwecke ihre Wiederbeerdigung beantragt werden. Da diese Maßnahmen, wenn ihre Notwendigkeit anzuerkennen ist, von Amts wegen zu geschähen haben, dürfen den Rentenberechtigten Kosten daraus nicht erwachsen. Den Rentenberechtigten ist auf ihren Antrag eine Abschrift des Protokolls über die Leichengöffnung zu übermitteln. Für diese Abschrift sind allerdings die Auslagen zu erstatten.

Welche Leistungen werden nun bei einem Todesfall gewährt. Die Bestimmungen hierüber enthält der § 586 der RVO. Nach diesem ist ein Sterbegeld zu gewähren und außerdem für die Hinterbliebenen eine Rente. Als Sterbegeld wird der 15. Teil des sogenannten Jahresarbeitsverdienstes gezahlt. Ueber die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes gelten besondere, eingehende Bestimmungen, auf die jedoch in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden kann. Durch eine Verordnung vom 17. Mai 1924 hat der Reichsarbeitsminister einen Mindestbetrag in Höhe von 50 Reichsmark festgesetzt. Zu zahlen ist das Sterbegeld binnen einer Woche nach seiner ordnungsmäßigen Feststellung. Von dem Sterbegeld werden zunächst die Kosten der Bestattung bestritten und an den gezahlt, der die Bestattung besorgt hat. Bleibt ein Ueberfluß, so sind nach einander der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister bezugsberechtigt, wenn sie mit dem Versicherten zur Zeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Fehlen solche Berechtigten, so verbleibt der etwaige Ueberfluß des Sterbegeldes der Berufs-

- Wahlkreis:** Zu wählende Delegierte:
8. **Alle gemeldeten Kandidaten** stehen zur Wahl. Die **Erststimme** ergeben sich aus dem Wahlresultat. Bei der Wahl werden sie als solche nicht bezeichnet.
 9. Die **Wahlprotokolle** von den Hauptwahlen müssen bis zum 21. März, die **Wahlprotokolle** von den Stichwahlen müssen bis zum 11. April an den **Verbandsvorstand** eingeleitet sein. Gehen die **Wahlprotokolle** später ein, so scheiden die betreffenden Stimmen aus, auch wenn die Wahl in der vorgeschriebenen Zeit stattgefunden hat.
 10. Die **Wahl ist geheim**, sie erfolgt nur **mittels Stimmzettels**. Der **Stimmzettel** ist von dem **Wähler** selbst mit dem Namen des oder der **Delegierten** zu beschreiben.
 11. Um eine möglichst **starke Wahlbeteiligung** zu erzielen, bleibt es den **Zahlstellen** überlassen, die **Wahl** in den **Betrieben** oder in **Versammlungen** vorzunehmen.
 12. Jede **Zahlstelle** hat einen **Wahlaustrich** von 3 Mitgliedern zu wählen, der das **Wahlresultat** feststellt und unverzüglich an den **Verbandsvorstand** weiterleitet. Bei **Abstimmungen** in den **Betrieben** ist ebenfalls eine **dreigliedrige Kommission** mit der **Feststellung** des **Wahlresultats** zu betrauen, die es dann dem **Wahlaustrich** der **Zahlstelle** zur **Feststellung** des **Gesamtergebnisses** und zur **Weiterleitung** des **Letzteren** an den **Verbandsvorstand** schnellstens übermitteln.
 13. Wird die **Wahl** in den **Betrieben** vollzogen, so darf sie **nur an einem Tage stattfinden**.

Der **Verbandsvorstand** erwartet, daß die **Wahl** ordnungsgemäß vor sich geht. Er behält sich vor, bei **Wahlverletzungen** die **Stimmzettel** einzufordern. Die **gültigen Stimmzettel** sind deshalb bis zum **Verbandstage** in der **Zahlstelle** aufzubewahren, während die **ungültigen Stimmzettel** mit dem **Wahlprotokoll** an den **Verbandsvorstand** einzusenden sind.

Eine **nochmalige Veröffentlichung** der **Wahlordnung** erfolgt nicht. Die **Zahlstellenfunktionäre** sind deshalb verpflichtet, sich diese **Zeitung** aufzubehalten und sich mit den **Bestimmungen** vertraut zu machen. Dasselbe gilt für die **Wahlkommissionsmitglieder**.

Die **Wahlprotokolle** gelangen rechtzeitig zum **Verband**. Für **Stimmzettel** haben die **Zahlstellen** selbst zu sorgen.

Die **Kollegen der Steinsehergruppe** gehören auch in den **Zahlstellen** mit **gemeinsamer Verwaltung** zur **Wahlkreiseinteilung** der **Steinsehergruppe**.

Die **Ortsverwaltungen** werden ersucht, die **Wahl** nicht auf den **letzten Wahltag** hinauszuschieben, und an die **Mitglieder** ergeht die **Aufforderung**, sich **vollständig** an der **Wahl** zu beteiligen.

Der **Verbandsvorstand**.

genossenschaft. Erwähnt sei hier noch eine Sache. Ist der **Verstorbene Mitglied einer Krankenkasse** gewesen, so steht ihm auch von dieser **Sterbegeld** zu. Es werden jedoch nicht beide **Sterbegelder** nebeneinander gezahlt. Vielmehr entfällt der § 557a der RVO. und die zu ihm ergangenen **Bestimmungen** aufrechnungsbestimmungen. Nach diesen wird das aus der **Krankenkasse** zu gewährenden **Sterbegeld** auf dasjenige aus der **Unfallversicherung** aufgerechnet. Es wird demnach in der **Praxis** nur ein **Sterbegeld** gezahlt, und zwar das **höhere** von beiden.

Wie bereits eingangs erwähnt, wird außerdem an die **Hinterbliebenen** eine **Rente** gezahlt. Diese **Rente** beträgt für die **Witwe** ein **Fünftel** des **Jahresarbeitsverdienstes** des **verstorbenen Ehegatten**. Für **Witwen**, die durch **Krankheit** oder andere **Gebrechen** wenigstens die **Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit** verloren haben, beträgt die **Rente** zwei **Fünftel** des **Jahresarbeitsverdienstes**. Diese **höhere Rente** wird jedoch nur gewährt, wenn die **Erwerbsbeschränkung** länger als **3 Monate** besteht. Die **Rente** wird bis zum **Tode** der **Witwe** oder ihrer **Wiederverheiratung** gewährt. Bei ihrer **Wiederverheiratung** erhält sie **drei Fünftel** des **Jahresarbeitsverdienstes** als **Abfindung**. Stirbt eine **Frau** an einem **Betriebsunfall**, so erhält der **Witwer** eine **Rente** im **Betrage** von **zwei Fünftel** des **Jahresarbeitsverdienstes**. Es ist dies jedoch nur dann der **Fall**, wenn die **getötete Ehefrau** ihn wegen seiner **Erwerbsunfähigkeit** ganz oder überwiegend aus ihrem **Arbeitsverdienst** unterhalten hat. Der **hinterbliebene Ehegatte** hat jedoch **keinen Anspruch** auf **Rente**, wenn die **Ehe** erst nach dem **Unfall** geschlossen und der **Tod** innerhalb des **ersten Jahres** der **Ehe** eingetreten ist. Für die **hinterbliebenen Kinder** wird eine **Waisenrente** gewährt. Diese beträgt für jedes **Kind** ein **Fünftel** des **Jahresarbeitsverdienstes**. Sie wird bis zur **Vollendung** des **15. Lebensjahres** gezahlt. Das **Gesetz** enthält noch weitere **Bestimmungen** über die etwaige **Rentengewährung** an sonstige **Hinterbliebene** des **Verunfallten**. Es kann jedoch auf diese hier nicht weiter eingegangen werden. Zum **Schlusse** sei noch erwähnt, daß die **Renten** der **Hinterbliebenen** zusammen **vier Fünftel** des **Jahresarbeitsverdienstes** nicht übersteigen dürfen. Kl—s.

Berliner Betriebsratswahlen

Zusammenbruch von RSD und Nazi

Die **Betriebsratswahl** der **Berliner Elektrizitätswerke AG (Bewag)** sowie einiger **Gaswerke** am 1. März 1933 stellt einen **ebenso vollen Erfolg der freigewerkschaftlichen Kandidaturen** dar, wie sie einem **Zusammenbruch der kommunistischen Opposition** und der **nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation** gleichkommt.

Bei der „Bewag“ ist das **Wahlresultat**:

Arbeiterrat:	
Beschäftigte	zirka 3500
Abgegebene Stimmen	3320
Freie Gewerkschaften	3034
RSD	156
Nationalsozialisten	88

Angestelltenrat:

Abgegebene Stimmen	2547
Freie Gewerkschaften	1916
Nationalsozialisten	443
„Kombi“	135
GdA	38

Von einigen **Gaswerken** Berlins liegt folgendes vorläufiges Ergebnis vor:

Arbeiterrat:	
Beschäftigte	4237
Abgegebene Stimmen	3837
Freie Gewerkschaften	2352
RSD	1298
Nationalsozialisten	161

Das **Resultat** der **Wahl** zum **Angestelltenrat** der **Gaswerke** steht noch aus.

Zum Verbandstage

Mit dem nachstehenden Artikel des Kollegen S. K. Frankfurt a. M., wird die Aussprache zum bevorstehenden Verbandstag eröffnet. Die Redaktion äußert zu dieser Aussprache, das berechtigte und sehr begründete Verlangen, unbedingt auf den zur Verfügung stehenden Raum Rücksicht zu nehmen; denn man kann in den meisten Fällen auf zwei Seiten Manuskript seine Aufzählung oft besser konzentrieren als auf fünf, sechs und mehr Seiten. Auch auf die tatsächlichen Verhältnisse des Verbandes in organisatorischer und finanzieller Hinsicht muß die nötige Rücksicht genommen werden. Die heutige Verbandslage ist bekanntlich eine Folge der jahrelangen Wirtschaftskrise, die ganz besonders das Erwerbsleben unserer Verbandsmitglieder heimgesucht hat. Die weitere Zuspitzung erfolgte ebenfalls durch Vorgänge, die außerhalb der gewerkschaftlichen Abwehrmöglichkeiten liegen, deshalb muß den Tatsachen wohl klarer als sonst ins Auge gefaßt werden. Mancher berechtigter Wunsch muß fürs erste zurückgestellt werden, weil infolge der tatsächlichen Lage seine Erfüllung nicht möglich ist.

Das Organisationsleben der aufgeklärten Arbeiterschaft erfordert in der gegenwärtigen Zeit mit ihren wütenden und maßlosen Verfolgungen, den aufwühlenden Vorkommnissen und Begebenheiten mehr denn je ein gegenseitiges, vom unerschütterlichen Vertrauen getragenes und gestütztes Hand-in-Hand-Arbeiten von unten bis oben und von oben bis unten. Hier wird sich wiederholen, was bereits mit ehemem Griffel im Anfang der Geschichte der deutschen Gewerkschaften eingeträchtigt wurde. Andere Zeiten erfordern andere Einsicht, und Beschlüsse, die diesen geänderten Zeitumständen Rechnung tragen.

Aus diesem Grunde ist es auch wohl unangebracht, sozusagen auf offenem Markt (den eine solche Aussprache in der Zeitung darstellt), alle die kleinen und großen organisatorischen und finanziellen Notwendigkeiten auszunoten oder breitzutreten. In der Mitgliedschaft muß durch die gegenwärtigen Verhältnisse die Selbstverständlichkeit vorherrschend sein, daß der Verbandstag, also die Delegierten, in gemeinsamer Aussprache mit der verantwortlichen Führung des Verbandes nur solche Maßnahmen festlegen, wie der Wille (die Leistungen des Einzelnen) und das Können (die Gegenleistungen des Verbandes) sie ermöglichen. Die Delegierten kommen ja aus den Zahlstellen, aus den einzelnen Berufsgruppen, ihnen wurde allen durch die Wirtschaftszustände sehr mitgespielt. Die Sorge, die Not und das Verlangen der Mitglieder ist ihnen bekannt; aber nicht in allen Fällen ist ihnen auch der Stand der Organisation genügend bekannt. Das ist durchaus kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung, die sich stützt auf jahrehohe lange Beobachtungen und Erfahrungen. Diese kurzen Hinweise möchten von denen wohl beachtet werden, die sich berufen fühlen, Wege zeigend an der Aussprache über die Aufgaben und evtl. Beschlüsse des Verbandstages an dieser Stelle teilzunehmen. Die Einbilder werden sich natürlich damit abfinden müssen, daß der Redakteur in dieser Aussprache die Leitung behält, ähnlich eines Versammlungsvorsitzenden, nur mit dem Unterschied, daß er an Stelle einer Versammlungsloge den Rot- oder Blaustift schwingt. — Als erster hat nun das Wort der Kollege S. K. aus Frankfurt:

Die beruflichen Interessen der Steinmetzen können anscheinend auch auf diesem Verbandstage nicht gewahrt werden, das zeigt die Wahlkreiseinteilung des Verbandsvorstandes. Schon auf dem Verbandstag 1929 in Berlin wurde eine bessere Vertretung der Steinmetzen verlangt; denn die Berufsgruppe, die Gründer des Verbandes war, erscheint nur in einer kleinen Gruppe auf dem jeweiligen Verbandstage.

Anzuerkennen ist, daß unser Verbandsvorstand sich alle Mühe gibt, das traurige Los der Steinmetzen den staatlichen Behörden, den Kommunen und sonstigen Stellen ins richtige Licht zu stellen.

Ich gedenke dabei zugleich der Kollegen aus der Bildhauerbranche. Unterstützt vom Verbandsvorstand mühten durch eine gründliche, unverbindliche Aussprache Bildhauer und Steinmetzen, die so viel Berührungspunkte haben, für die Zukunft etwas schaffen können. Bei der jetzigen Wahlkreiseinteilung in unserem Gau 9 ist es nicht leicht möglich, einen Steinmetzen zum Verbandstag zu entsenden.

Eine Konferenz abzuhalten ist aus finanziellen Gründen nicht gut möglich. Auf den bisherigen Konferenzen hat sich die betreffende Berufsgruppe immer über das Gewesene und das Kommende (Bezirkslohn, Friedhofsverordnungen usw.) ausgesprochen und sich gegenseitig Richtlinien gegeben. Ist das nicht möglich fürs ganze Reich oder wenigstens größere Bezirke? Die ziemlich Gleichstellung der Löhne von mehreren Städten ist nicht von der Hand zu weisen. Diese Gedanken tauchen jetzt erneut wieder auf, da wir in unserer Zahlstelle bei der Verbandstagswahl nach drei Vorschlägen wählen müssen: 1. nach der Wahlkreiseinteilung zum Hauptvorstand, 2. für die Steinmetzgruppe, 3. für die Bildhauer.

Zum Verbandstag stellt der Zentralvorstand drei Punkte als die vornehmste und dringlichste Aufgabe in den Vordergrund, denen sich die Beitragsleistung anzupassen hat, während sich die sonstigen Verbandsleistungen im Unterstützungswezen unterordnen müssen. Ob sich aber für diese Aufgaben auch die Angriffsflächen finden, ist sehr ungewiß, wiewohl das sehr zu wünschen wäre. Unsere glückseligere Zeit mit Arbeit soll ja noch vier Jahre dauern. Einen erfreulichen Schritt zur Besserstellung unserer Kollegen hat ja der Zentralvorstand nach dem Erlaß der Notverordnung vom 4. und 5. September 1932 unternommen.

Die Arbeitszeitverkürzung unter 8 Stunden oder richtiger die 40-Stunden-Woche mühte meines Erachtens schon weiter getrieben sein. In der Praxis sollte von der Arbeiterschaft mehr und schneller gehandelt werden. Leider steht aber bei unseren Kollegen in dieser Frage noch großer Egoismus. Gibt es doch noch jetzt Kollegen, die ärgerlich sind, wenn sie keine Ueberstunden schieben können. Die 40-Stunden-Woche ist bei allen künftigen Lohnverhandlungen mit Lohnausgleich in den Vordergrund zu stellen.

Die Ferien sind das Schmerzenskind in unseren Tarifabschlüssen, hauptsächlich bei den Sandsteinmetzen. Es muß wieder versucht werden, mit der Werksteingruppe zum Abschluß eines Reichstariers zu kommen.

Noch einige Worte zur Beitragsleistung. Wenn wir in der Vorkriegszeit einen Stundenlohn als Beitrag leisteten, verblieben 20 Prozent am Ort. Gearbeitet wurde wöchentlich 50 bis 54 Stunden. Ist heute ein Kollege noch in der glücklichen Lage, Arbeit zu haben, so ist er meistens Kurzarbeiter oder nur vorübergehend beschäftigt. Leistet der Kollege seinen statuarischen Beitrag, so ist er prozentual gegen früher viel stärker herangezogen. Dies sollte der Verbandstag wohl beachten. Daß unsere Finanzen durch die Arbeitslosigkeit stark in Anspruch genommen wurden, zeigen uns ja die zentralen Abrechnungen. Aber wie steht es denn im Lande? Die große Mehrzahl der Kollegen klagt über die Beitragsbelastung. Unseren Funktionären, wie Platz- und Sonntagskassierern, wird dadurch ihr Amt zu schwer gemacht. Ein Teil der Beitragszahler kann mit bestem Willen den Beitrag nicht mehr erschwingen. Meistens sind noch erwerbslose Angehörige in der Familie und die Bedürfnissefrage ist so human gelöst, daß diese Angehörigen zu Lasten des Haushaltvorstandes fallen. Um familiäre Zwistigkeiten zu vermeiden, wenden dann diese Kollegen uns den Rücken. Wir wären meines Erachtens in einer besseren finanziellen Lage, wenn der Gesamtbeitrag einen Stundenlohn nicht übersteigt. Dazu einen Beitrag noch zur Invalidenversicherung und vom ganzen verbleiben 20 Prozent am Ort. Viele

Kollegen wären damit noch bei der Stange zu halten und vieles weniger gibt auch ein viel. Manchem arbeitslosen Kollegen ist es nicht mehr möglich, auch nur die beantragte 15-Pfennig-Erwerbslosenmarke zu haben. Das hiesige Fürsorgeamt zahlt 54 Mark monatlich für Mann und Frau. In Hauszins ist Frankfurt die teuerste Stadt. Heizung, Licht und sonstiges ist als Luxus zu betrachten. Ist es möglich, für diese Kollegen eine monatliche Marke mit 20 bis 30 Pfennig einzuführen?

Mit dem Entzug oder Kürzung der Invalidenunterstützung bei den Kollegen, die unter 750 Vollbeiträgen sind, wird große Erbitterung erzeugt. Der Verbandstag muß da eine bessere Lösung finden.

Aus den Zahlstellen

Köln. Am 20. Januar gab in der gutbesuchten Generalversammlung der Vorsitzende der Zahlstelle den Jahresbericht, dem zu entnehmen war: Das Jahr 1932 mit seinen Arbeitsbeschaffungsplänen der Reichsregierung habe den Kölner Steinmetzen wie den Steinlegern nicht das geringste an Arbeit gebracht, außer den Kollegen am Dom, wo wir nur noch 7 Mann arbeiten haben, herrscht fast auf der ganzen Linie Arbeitslosigkeit. Der Lohnabbau bei den Steinmetzen beträgt im verfloßenen Jahr 18 Proz., und zwar von 1,40 Mark auf 1,15 Mark. Ein weiterer Lohnabbau konnte verhindert werden, da die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt wurden. Die Steinleger konnten, nachdem der Lohn von 1,25 Mark auf 1,02 Mark gesunken war, ebenfalls durch Vertagung der Verhandlungen einen weiteren Lohnabbau verhindern. Der Gesellenausfluß konnte im verfloßenen Jahre nur 7 Lehrlinge prüfen, gegen 20 in früheren Jahren. Die Jugendgruppe ist eingegangen, weil nur noch 4 jugendliche als Ausgelernte dem Verbands treu geblieben sind. Außer 12 ordentlichen wurde 1 außerordentliche Verammlung abgehalten. Der Versammlungsbesuch betrug durchschnittlich 25 Prozent. Als Winterbeihilfe wurde vor Weihnachten sämtlichen arbeitslosen Kollegen eine Unterstützung im Gesamtbetrag von 750 Mark gewährt. In Zukunft soll die Lokalunterstützung vom Versammlungsbesuch abhängig gemacht werden. Deshalb müssen in jeder Verammlung die Mitgliedsbücher zum Abstemeln vorgelegt werden. Wer kein Interesse an den Verammlungen hat, hat in Zukunft keinen Anspruch auf Unterstützung aus lokalen Mitteln. Der gute Besuch der Generalversammlung ist bereits die Auswirkung dieses Beschlusses. Vorstand und Funktionäre hätten vorbildlich zusammen gearbeitet, und es sei nur zu wünschen, daß dieser Zustand auch in Zukunft bestehen bleibe, zum Wohle der Zahlstelle Köln. Der Vorsitzende dankt allen Kollegen, die sich aktiv am Verbandsleben beteiligt haben, und schließt seinen Bericht mit der Mahnung, den Glauben und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht zu verlieren. Der Kassierer gab hierauf den Kassenbericht. Nachdem diesem sowie dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt war, wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Auch die Wahl des Funktionärkörpers ging reibungslos vonstatten. Nachdem die einzelnen Daten zum „Verbandstag“ bekanntgegeben worden waren, wurde die Beratung darüber auf die nächste Verammlung im Februar festgesetzt.

Stuhl. Zum 15. Januar hatte der Vorsitzende die Kollegen zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Der Besuch war zufriedenstellend. Auch der Bezirksleiter Kollege Neumüller aus Königswinter war anwesend. Die Tagesordnung umfaßte: Jahresbericht, Abrechnung vom 4. Quartal, Neuwahl und Verschiedenes. In seinem Bericht ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zu weiterer aktiver Arbeit für den Verband, auch im Jahr 1933. Die Kasse war geprüft, dem Kassierer, Kollegen Wischnowski, wurde Entlastung erteilt. Durch die gewissenhafte Arbeit des Kassierers hat die Zahlstelle einen nennenswerten Ueberfluß ins neue Jahr übernommen. Der alte Vorstand wurde einstimmig wieder- und als Beisitzer Kollege Börsche hinzugewählt. Dann referierte Kollege Neumüller über

Tarifrechte. Da der Tarif zum 31. Januar 1933 gekündigt ist, ist Zusammenfluß und Zusammenstellen Pflicht jedes Kollegen. Nach der Versammlung war noch Gemütliches Beisammensein.

Neuhochstein. Unter dem Druck der Verhältnisse fand am 26. Januar unsere diesjährige Generalversammlung in der Wohnung des Kassierers statt. Bezirksleiter Kollege Wolf sprach in einem ausführlichen Referat über die Wirtschaftspolitik, über die Bajalindustrie und die Preispolitik der Unternehmer in den vergangenen Jahren. In einer leicht verständlichen Begründung wies er auf die Notwendigkeit der Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung hin, schilderte den Fortschritt der Technik und die daraus entstehende Arbeitslosigkeit. Er legte damit klar, daß nicht dem Marxismus die Schuld an den Zuständen trifft. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Es folgte dann eine Aussprache über den freiwilligen Arbeitsdienst. Der Kassierer gab den Kassenbericht und zog einen Vergleich mit dem von 1931. Der jetzige zeigt einen starken Einnahmerückgang infolge der Arbeitslosigkeit. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Damit fand die Generalversammlung in später Abendstunde ihr Ende.

Regensburg. Am 15. Januar fand im Gasthaus Schild unsere 27. gut besuchte Generalversammlung statt. Kollege Bräu gab die Tagesordnung bekannt, gegen die nichts einzuwenden war. Das Protokoll wurde verlesen und auch für gut befunden. Der Kassierer, Kollege Spanner, gab die Jahresabrechnung bekannt; die musterzügliche Arbeit des Kassierers wurde von den Revisoren hervorgehoben. Die Zahlstelle sprach ihm Dank aus. Im weiteren wurde der Kartellbericht erlesen und Einkäufe von der Zentrale verlesen. Die Neuwahl ergab Wiederwahl der bisherigen. Kollege Mendl wurde als Revisor neu gewählt. Nachdem noch örtliche Angelegenheiten behandelt wurden, schloß der Vorsitzende mit der Mahnung zum besseren Versammlungsbesuch und im Organisationswesen tatkräftig mitzuarbeiten.

In unserer Zahlstelle war auch wieder eine Weihnachtsfeier. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage hat es sich unser Vorsitzender, Bräu, nicht nehmen lassen, eine Familienfeier wie im vorigen Jahre zu veranstalten. Durch eine Sammlung, die er selbst durchführte, war es möglich, daß die arbeitslosen Kollegen unterstützt wurden. Jeder bekam 5 Pfund Mehl, 3 Pfund Zucker und 1 Pfund Schweinefleisch. Auch die Frauen und Kinder wurden beschenkt. Für den lustigen Teil sorgten humoristische Einlagen. Die Kollegen saßen bis um die Mitternachtsstunde fröhlich beisammen.

Barel (Oldenburg). Am 29. Januar fand die außerordentliche Generalversammlung im Vereinslokal Eilers statt. Die Versammlung war gut besucht. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden; 2. Kassenbericht; 3. Neuwahlen; 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende betonte, daß nie zuvor die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf so stark aufgetreten ist wie im Jahre 1932. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine bessere Zeit komme, damit jeder Kollege wieder seinem Berufe nachgehen kann. Aus dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß sich der Kassenbestand trotz der schweren Zeit mit einem Guthaben, wenn auch klein, gehalten hat. Darauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der zweite Vorsitzende nahm dann die Neuwahl des Vorstandes vor. Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Diedrich Droste, zum 2. Vorsitzenden Adolf Rehmeyer. Der Kassierer blieb wie bisher. Hilfskassierer Schriftführer, Revisoren, Kartelldelegierte und Lohnkommission wurden noch gewählt. Zum Schluß wurden die Pfalterarbeiten, die hier in der Umgegend von den Gemeinden, nicht durch Steinleger, sondern durch Wohlfahrtsarbeiter ausgeführt werden, lebhaft besprochen. Eine Entlastung wurde gefaßt, die es dem Vorstände überläßt, die nötigen Schritte zu unternehmen, um dem ein Ende zu bereiten. (Nicht auf beide Seiten schreiben! Red.)

Karl Marx und die Gewerkschaften

Am 14. März jährt sich zum 50. Male der Tag, an dem Karl Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, seine Augen für immer schloß. Die internationale sozialistische Arbeiterbewegung findet sich an diesem Tage in Gedanken an dem Grabe des großen Mannes zusammen, der dem Proletariat Wegweiser war aus tiefer wirtschaftlicher Not und Erniedrigung. Erneut leisten wir Gelöbnis, die Fahne des Sozialismus hochzuhalten und zum Siege zu führen. Umgeben von Feinden, beschimpft und verfolgt, stehen aufrecht die sozialistischen Kämpfer in der Schlammflut gegnerischer Verleumdung, den Blick auf das große Werk von Karl Marx gerichtet, das zu verwirklichen ihr Ziel und Wille ist. Die Gewerkschaften haben nach Karl Marx die Hauptarbeit bei der Verwirklichung des Sozialismus zu leisten, ihnen fällt die Aufgabe zu, die Köpfe reif zu machen für das gewaltige Werk der wirtschaftlichen Umformung. Kein Verbot, keine Unterdrückung und Verfolgung hat die Gewerkschaften von der Erfüllung dieser Aufgabe abzuhalten vermocht. In den Mitgliederkreisen der Freien Gewerkschaften lebt der marxistische Geist. Mit Stolz bekennen wir uns auch heute wieder zum Marxismus. Ja, wir sind Marxisten, und werden es bleiben, bis das große Werk, die Befreiung des Proletariats von den Fesseln des Kapitalismus gelungen ist!

Karl Marx wurde geboren am 5. Mai 1818 als Sohn eines Rechtsanwalts in Trier, er starb am 14. März 1883 in London. Nach der gewaltigen Unterdrückung der Revolution von 1848, die Marx in ihren Reihen sah, aus Deutschland ausgewiesen, suchte er zuerst Zuflucht in Brüssel, dann in Paris, um schließlich in London zu landen. Dort, in den kümmerlichsten Verhältnissen mit seiner Frau, einer geborenen Jenny von Westphalen, und seinen vier Kindern lebend, schuf er das gewaltige wissenschaftliche Werk, das die theoretische Grundlage der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde. Der Frühkapitalismus, der sich in unermesslicher Ausdehnung ausbreitete, gab Marx den

Stoff für seine Lehre, daß der Kapitalismus notwendig im Sozialismus münden müsse. „Das Kapital“ ist das grundlegende Werk, das den Kapitalismus zerlegt und seine Entwicklung anzeigt.

In den Gewerkschaften sah Karl Marx das Bollwerk, das die Arbeiterkraft der Kapitalmacht entgegensetzt, um Schritt für Schritt, geleitet und geführt von den Gewerkschaften, den Kapitalismus zu überwinden. „Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeißeln die Massen der Arbeiter nur eine Zeit lang vorübergehend, die Gewerkschaften hingegen fesseln die Massen der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen. Zu der Einsicht ist die größere Masse der Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß; mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun aber die materielle Lage gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen. Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es ahnt.“

Was hierin zum Ausdruck kommt, ist alles andere als roher Materialismus. Die Gewerkschaften werden damit zu Kulturorganisationen der Arbeiterkraft, indem sie sich nicht darauf beschränken, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, sondern gleichzeitig die gesamte unterdrückte Masse auf eine höhere Lebensstufe heben. Karl Marx sieht in den Gewerkschaften die eigentlichen Träger der proletarischen Klassenbewegung. Sie sind entstanden als natürliche Folge der im Kapitalismus herrschenden Lohnarbeit, ihr Ziel ist die Beseitigung des Lohnsystems. Die Arbeiterkraft braucht die Gewerkschaften, sie sind ihr Rückhalt im täglichen Ringen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. In Gewerkschaften zusammengeschlossen, kann sich die Arbeiterkraft erfolgreich gegen die unehrbaren Uebergriffe des Kapitals zur Wehr setzen. Die Gewerkschaften werden so zum Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Es widerspricht der Lehre von Karl Marx, wenn politische Arbeiterparteien

sich gegen die Gewerkschaften wenden, denn nicht die Parteien, sondern die Gewerkschaften sind die Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse.

Ohne die Gewerkschaften hat die Arbeiterkraft keine Stütze im Kampfe gegen das Kapital. Deshalb sind die Gewerkschaften wirksam als Zentren des Widerstandes gegen die Uebergriffe des Kapitals. Aber sie sollen sich hüten, von ihrer Macht „unbedachten Gebrauch“ zu machen. Die organisatorische Kraft der Gewerkschaften muß der Hebel für die endgültige Befreiung der arbeitenden Massen sein. „Das unmittelbare Ziel der Gewerkschaften beschränkt sich auf die Erfordernisse des Tages, auf Mittel der Abwehr gegen die unaufhörlichen Uebergriffe des Kapitals, mit einem Worte, auf Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht bloß gerechtfertigt, sie ist notwendig. Man kann ihrer nicht entzagen, solange die heutige Produktionsweise fortbesteht. Im Gegenteile, sie müssen verallgemeinert werden durch die Gründung und die Zusammenfassung von Gewerkschaften in allen Ländern.“

Das Kapital ist interessiert an der Zersplitterung der Arbeiterkraft, es fürchtet nichts mehr als den Zusammenfluß der Arbeiter in Gewerkschaften. Die soziale Macht der Arbeiter ist ihre Masse, aber diese Massen „wiegen nur dann in der Waagschale, wenn sie in Organisationen zusammengeschlossen und durch Wissen geführt werden.“ Solange die Arbeiter vereinzelt, unorganisiert dastehen, ist ihre Macht gebrochen. Die Uneinigkeit der Arbeiter wird durch das kapitalistische System hervorgerufen. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Gründe zu beseitigen, die diese Uneinigkeit unter den Arbeitern fördern. „Die Zersplitterung der Arbeiter“, sagt Karl Marx, „wird erzeugt und erhalten durch ihre unermessliche Konkurrenz unter sich selbst. Die Gewerkschaften entstanden zuerst aus spontanen Versuchen der Arbeiter zur Befreiung oder mindestens Einigung dieser Konkurrenz, um Vertragsbedingungen zu erringen, die sie wenigstens über die Stellung bloßer Sklaven erhob.“ Die Gewerkschaften müssen versuchen, die bestehenden Absetzungen in der Entlohnung der Arbeiter zu beseitigen, damit wird die Konkurrenz der Arbeiter

untereinander gemindert. Das läßt sich nur dadurch ermöglichen, daß die Gewerkschaften Verträge, wir würden heute sagen „Tarifverträge“, abschließen, die für alle Arbeiter bindend sind. Je stärker die Gewerkschaften, desto besser für die Arbeiter. Sie können durch die Gewerkschaft den Unternehmern Verträge aufzwingen, die für die Arbeiterkraft von großem Vorteil sind. Demzufolge haben die Gewerkschaften eine große Aufgabe zu erfüllen. Als Ausdruck des Willens der Arbeiterkraft sind sie berufen, Träger des Befreiungskampfes der Arbeiter zu sein.

Diese Stellung im proletarischen Klassenkampf legt ihr die Verpflichtung auf, „jede soziale und politische Bewegung zu unterstützen, die auf dieses Ziel lossteuert. Indem sie sich selbst als die Vorkämpfer und Vertreter der ganzen Klasse betrachten, und danach handeln, können sie nicht umhin, die außerhalb der Gewerkschaften stehenden in ihre Reihen aufzunehmen.“ Die bürgerliche Welt hat von den Gewerkschaften die Vorstellung, daß sie mit roher Gewalt, ohne Rücksicht auf die eigene Lage der Arbeiterkraft, alles zertrümmern und zerschlagen wollen, nur um Kämpfe führen zu können. Karl Marx weist diese Auffassung weit zurück. Er hält es vielmehr für die Pflicht der Gewerkschaften, die ganze Welt zur Ueberzeugung zu bringen, daß ihre Bestrebungen, weit entfernt, engherzig und selbsttätig zu sein, die Emanzipation der niedergetretenen Massen zum Ziele haben.“ Die Gewerkschaften führen nicht Kämpfe um zu kämpfen, sondern haben die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterkraft als Gegenwarts- und die endgültige Beseitigung der Lohnlaverei als Zukunftsziel.

Politische Parteien und Bewegungen, die für die Gewerkschaften nichts übrig haben, finden vor Karl Marx keine Gnade. Lassalles Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, der sich um die Gewerkschaften nicht kümmerte, wurde von Marx verächtlich als „Sekte“ abgetan. Auch die damalige englische Gewerkschaft Trade Unions gefiel Karl Marx nicht, denn sie nahm nur gelernter Arbeiter in ihren Reihen auf, und außerdem beschränkte sie sich auf die Regulierung der Arbeitsverhältnisse. Die Gewerkschaften aber müssen alle Arbeiter aufnehmen, sie sind Organi-

Rundschau

Deutsch-belgische Hartsteinverhandlungen. Wie neuerdings bekannt wird, fanden zwischen den westdeutschen Hartsteinwerken, die bekanntlich in der Basalt-Union zusammengeschlossen sind, und ihren belgischen Konkurrenten Verhandlungen statt, die eine Verständigung über das Auslands-geschäft der beiden Gruppen herbeiführen sollen. Vor allem will man sich über die Aufteilung des holländischen Pflastersteinmarktes verständigen, der bekanntlich die Hauptmenge der deutschen Steinausfuhr aufnimmt. Um so mehr deshalb hält man eine Verständigung für nötig, weil die erzielten Preise in den letzten Monaten wesentlich zurückgegangen sind. Die Verhandlungen zwischen den beiden nationalen Pflastersteinindustrien und den holländischen Händlern haben nach einer Verlautbarung der Basalt-Union G. m. b. H. in der Tagespresse vom 1. März zu einem festen Abkommen mit den belgischen Lieferanten und den holländischen Abnehmern geführt, und zwar zu einer „die verschiedensten Interessen berücksichtigenden Regelung“, so heißt es in der Verlautbarung.

Das Klingt im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit in der westdeutschen Natursteinindustrie recht verheißungsvoll, nur befürchten wir, daß die Basalt-Union eine Enttäuschung trotz des Abkommens erleben wird zur Freude ihres Konkurrenten in Belgien. Die neue Wirtschaftspolitik der deutschen Reichsregierung wird daran nicht ganz unschuldig sein; denn Holland ist auf das tiefste über die neuen deutschen Agrarzölle erbittert, so daß Mitte Februar auch die Vorverhandlungen über einen neuen Handelsvertragsabschluss erfolglos blieben. Belgien dagegen arbeitet auf dem Gebiete der Zollpolitik mit Holland Hand in Hand. Wenn nicht überraschende Wendungen eintreten, werden wir bald nur noch ganz allein in Deutschland unser deutsches Pflasterstein- und Schottermaterial verwenden können. Die sonst so nationalen Steinindustriellen werden allerdings von dieser Leistung des nationalen Kabinetts Hitler weniger erbaud sein. Von dieser mangelnden Erbauung bis zur praktischen Auswirkung des bekannten Sprichworts „Durch Schaden wird man klug“ ist erfahrungsgemäß allerdings noch ein weiter Weg.

Amerikanisches. Der römische Kaiser Nero erbaute sich bekanntlich einen Palast, der derart mit goldenen Zieraten ausgestattet war, daß man ihn allgemein das goldene Haus nannte. So sehr diese Bezeichnung auch zutreffend war: das Rosemond-Hotel in Lancaster (Kalifornien) würde diesen Namen in noch höherer Maße verdienen. Seine Mauern wurden nämlich mit Steinen aufgeführt, die aus einem Goldbergwerk stammen. So melden wenigstens einige Zeitungen, und zu der Zeit, als man das Hotel baute, war die Goldgewinnung noch nicht so weit fortgeschritten, daß man Nutzen aus diesen Steinen hätte gewinnen können. Gegenwärtig ist der Abbau eines solchen Gesteins wie die Bausteine des Rosemond-Hotels aber höchst gewinnbringend und man denkt daher ernstlich daran, das Gebäude niederzulegen, um dessen Baumaterial zu verwerten. Vorläufig befindet sich in jedem Hotelzimmer eine Tafel mit der Aufschrift: „Es ist streng verboten, Mauerwerk abzukratzen.“ — Man überlege nicht, daß diese Nachricht aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten stammt.

Die Arbeitslosigkeit steigt noch immer. Am 15. Februar wurden bei den deutschen Arbeitsämtern rund 6 047 000 Arbeitslose registriert. In der ersten Februarhälfte ist ein Zugang der Arbeitslosen um rund 33 000 zu verzeichnen. Hinter der entsprechenden Zahl des Vorjahres bleibt diese Ziffer um 80 000 zurück. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß die unsichtbare Arbeitslosigkeit zu dem gegenwärtigen Arbeitslosenstand hinzukommt. Die Arbeitslosigkeit ist also gegenüber dem Vorjahr nicht niedriger, sondern höher. Die politische Umwälzung in Deutsch-

lationen des Proletariats schlechthin, sie dürfen sich nicht auf besondere Berufsgruppen beschränken.

Marx hat nicht die Schwierigkeiten übersehen, auf die die Gewerkschaften bei ihrer Arbeit stoßen. Die Uneinigkeit der Arbeiter, geschürt durch das Kapital, indem es an der ungleichen Entlohnung festhält, um Arbeiter gegen Arbeiter auszuspielen zu können, die politische Beeinflussung des Proletariats durch andere Parteien, die den Gewerkschaften feindselig gegenüberstehen, oder die Gründung von Gewerkschaften durch Gruppen, ja selbst durch Unternehmer oder mit deren Unterstützung, erschweren die Arbeit der Gewerkschaften, die sich die Befreiung des Proletariats zum Ziele gesetzt haben. Die Gewerkschaften werden Stück um Stück den Unternehmern abringen müssen, nichts wird den Arbeitern freiwillig gegeben. Aber Marx zweifelt nicht daran, daß die Gewerkschaften doch Sieger bei den großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit sein werden.

Die freien Gewerkschaften stehen auf dem Boden des Marxismus. Sie ehren den großen Mann, der dem Proletariat den Weg gewiesen hat aus größter Ausbeutung und Knechtung. Die harten Kämpfe der Gegenwart, auch die bedauerlichen Zerplitterungen der Arbeiterkraft in zwei sich feindselig gegenüberstehenden Bewegungen können die Gewerkschaften nicht in der Erkenntnis erschüttern, daß nur auf dem von Marx gewiesenen Wege die Befreiung des Proletariats von den Fesseln des Kapitals durchgeführt werden kann. Allen Gegnern zum Trotz werden die Gewerkschaften im Geiste von Karl Marx weiterwirken und das Proletariat zum endgültigen Erfolg führen. Das ist unser fester Wille!

Marx und Engels.
Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften — das heißt genau genommen, die schriftlich überlieferte Geschichte — ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Junker und Gefell, Lutz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in ihrem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

land hat mithin bisher noch keinen Umschwung am Arbeitsmarkt im Gefolge gehabt.

Macht schafft Recht. Goethe läßt in seinem „Faust“ den Mephistopheles folgende Worte sagen: „Man hat Gewalt, so hat man Recht“. Und Bismarck wurde die Ausrufung in den Mund gelegt, „Macht geht vor Recht“. Diesen Ausspruch getan zu haben, hat Bismarck bestritten. Aber am 27. Januar 1863 äußerte er sich im preussischen Abgeordnetenhaus u. a. folgendermaßen: „Konflikte werden zu Machtfragen; wer die Macht in den Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor.“ In diese Worte wird man erinnert, wenn man in der Deutschen Bergwerks-Zeitung Nr. 43 folgendes liest: „In jedem Kolleg über Staatsrecht kann man es hören, daß Macht das Fundament des Rechts ist. Macht schafft Recht, Macht stützt und sichert das Recht. Eine Verfassung, ein Staat ohne Macht, sind wie ein Rohr im Winde. . . Wir leben endlich eine Regierung am Ruder, die auch über die Macht verfügt, sich durchzusetzen, wenn es hart auf hart geht. Es ist das geschichtliche Verdienst Hitlers und seiner Bewegung, diese Macht zustande gebracht zu haben. Niemals wäre es ohne sie gelungen, das rote Regiment, das jedem Fortschritt unerschwinglich im Wege stand, zu beseitigen.“

Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die schwerindustrielle Bergwerks-Zeitung der Regierung bescheinigt, daß sie die Macht zu gebrauchen weiß. Der deutsche Kapitalismus war einmals stolz, einen Rechtsstaat errichtet zu haben. Jetzt triumphiert die Macht unumschränkt. Die deutsche Arbeiterbewegung bekommt sie zu fühlen. Denn unter dem Sammelbegriff „Marxismus“ ist letzten Endes die deutsche Arbeiterbewegung gemeint. Der Reichstagsler Hitler verprügelte den Marxismus in Deutschland in 10 Jahren ausserordentlich zu haben. Er stützt sich dabei auf die Macht, die nach der Bergwerks-Zeitung Recht schafft.

Briefkasten

„Feierabend“. Frage 4: Die Nachteile bestehen darin, daß beim Bekanntwerden solcher Schwarzarbeit kein Arbeitgeber im ganzen Bezirk auch weiterbeschäftigt. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen muß solche regelmäßige, berufliche Privatarbeit nach Feierabend ganz energisch bekämpft werden. Das Richtige in eurem Fall ist, sich selbständig zu machen, das Gewerbe bei den Behörden anzumelden und die damit verbundenen Pflichten, wie Berufsgenossenschaftsbeiträge usw. auf sich zu nehmen. Ein Zwischenzustand, daß man einige Stunden am Tage beim Unternehmer als Geselle arbeitet und nach Feierabend den Selbständigen martiert, ist schon im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit der anderen streng zu verwerfen und moralisch zu verurteilen.

100. Nach unserer Auffassung wird das Steinhewerhandwerk immer seine Bedeutung behalten

und in der Zukunft wieder mehr zur Geltung kommen. Führe nur dein Vorhaben durch.

Gub. Alb. Heber Offerten-Inserate gibt die Schriftleitung keine einzelne Auskunft. Wer von dem Angebot Gebrauch machen will, reiche seine Offerte ein, das Weitere entwickelt sich dann von selbst. Es lagen 30 Angebote vor, also reichlich.

Neue Bücher und Zeitschriften

„Freundschaft“, das sozialistische Elternblatt. Monatszeitschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. 8 Seiten mit Illustrationen. Preis 5 Pfennig pro Nummer. Einen neuen Mittämpfer der sozialistischen Erziehungsbewegung und zugleich Ratgeber für die Erziehungsarbeit der Eltern hat sich die Kinderfreunde-Bewegung mit diesem Blatt geschaffen. Bestellungen nehmen die Volksbuchhandlungen, die Ortsgruppenleiter der Kinderfreunde oder die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, an.

Die historische Leistung von Karl Marx. Ebenfalls zum 50. Todestage ist die früher erschienene Schrift von Karl Kautsky neu herausgegeben worden. Ihre übersichtliche und zusammenfassende Darstellung trägt dazu bei, Karl Marx' große Tat für die Wissenschaft und für den Fortschritt der Arbeiterbewegung lebendig zu erhalten. Es ist deshalb zu wünschen, daß diese leicht fassliche geschriebene Broschüre unter der Arbeiterschaft starke Verbreitung findet. (Zu beziehen durch jede Volksbuchhandlung, 40 Seiten, 30 Pfennig.)

Adressenänderungen

- Gau: **Köslin**, Raff.: Paul Keigel, Buchwaldstraße 51/61.
- Gau: **Mühlhausen i. Th.**, Vorf.: Balthasar Panndorf, Grünstraße 3.
- Gau: **Oberriedenberg**, Vorf.: Rich. Beder, Raff.: Hugo Beder.
- Gau: **Kobdorf**, Raff.: Friedrich Poth, Bahnhofstraße 61.
- Gau: **Steina**, Vorf. und Raff.: Richard Paul, Steina Nr. 14, Post Osterhagen (Harz).
- Gau: **Bergedorf**, Vorf.: August Probst, Lohbrücke bei Bergedorf, Schulstraße 5. — **Harburg**, Raff.: Wilhelm Mondry, Bremer Straße 127. — **Barel**, Vorf.: Diederich Droste, Haferkampstraße 71.

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtl. Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N31** Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle für alle Literatur des In- und Auslandes ist für jeden unserer Beruhtkollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes**, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse

Wahlergebnis vom 5. März

Das vorläufige Wahlergebnis, das am Montag, dem 5. März, vorlag, bringen wir im Nachstehenden mit den Vergleichsziffern der vorhergehenden Reichstagswahl im November 1932, wobei die Wahlziffern der kleinen Parteien von uns fortgelassen wurden, weil deren Vorschlagslisten für die Wahl am 5. März 1933 gesetzlich nicht mehr zugelassen wurden.

Stimmengahl

	November 1932	März 1933
Nationalsozialisten	11 737 015	17 265 823
Sozialdemokraten	7 247 959	7 176 505
Kommunisten	5 980 163	4 845 379
Zentrum u. Vagr. Volksp.	4 230 644	5 496 054
Deutsche (Schwarz-Weiß-Rot)	3 019 113	3 132 595
Deutsche Volkspartei	661 794	432 105
Deutsche Staatspartei	336 451	333 487
Christlich-soz. Volksdienst	403 671	384 116

Der angeblich „letzte Wahlkampf“ für den deutschen Reichstag liegt hinter uns. Wie vorauszu sehen war, hat das einseitige Trommelfeuern der Nationalsozialisten und der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ gegen das „System der 14 Jahre“, die vielen Millionen Wähler und Wählerinnen dieses „Systems“ doch nicht einschüchtern und verblüffen können, unbeeinträchtigt von den Verdächtigungen, den Unwahrheiten, den Zerbildern, den ungläublichen Drohungen und sonstiger Gewalt haben sie ihrer Wahlpflicht in traditioneller Gefinnung genügt. Das zeugt von Ueberzeugung und innerer Stärke!

Die nationale Front — sie nennt sich selbst so — hat nach den vorliegenden Wahlziffern einen großen Auftrieb erfahren; denn sie hat durch die stärkere Wahlbeteiligung (90 Prozent) von der Partei der Nichtwähler den größten Teil einfangen können. Auch sind von der Deutschen Volkspartei eine Anzahl Wähler in die offizielle nationale Front eingeschwenkt, wodurch diese nunmehr über 51 Prozent der deutschen Wählerstimmen verfügt und damit im Reichsparlament über die absolute Mehrheit.

Die anderen aber, denen man in überheblicher Weise das Nationale abspriicht wie einem Unwürdigen, die haben, von den Kommunisten abgesehen, mit Erfolg, also ohne Erschütterung, dem wütenden Trommelfeuern der nationalen Front widerstanden. Das ist in großen Umfassen gesehen das Ergebnis vom 5. März. Ähnlich liegt es auch bei der gleichzeitig mit vollzogenen Wahl zum Preussischen Landtag.

Ob nun die derzeitigen Regierungsgemalten in Deutschland aus dem Wahlergebnis, trotzdem es ihnen günstig ist, dennoch die Folgerung ziehen, daß so, wie in den letzten Wochen vor der Wahl die innerpolitischen Vorgänge für immerhin sehr große Teile der Bevölkerung nicht erträglich sind? Das ist wenn man die Reden der verantwortlichen Minister bei der Wahl zur Grundlage nimmt, eine Frage ganz für sich. Nach der Reichsverfassung, die ja noch gilt, ist diese Frage leicht und einfach zu beantworten und etwa keine Art des berühmten unlösbaren Knotens, der geschichtlich der „Gordische“ genannt wird und der als eine nur durch Gewalt lösbare Aufgabe gilt. Nach unserer Auffassung mehr dar-

über zu schreiben, verbieten uns die verschiedenen Verordnungen der Regierungsgewalt. Unsere Leser werden das verstehen und auch begreifen, zumal sie als Arbeiter der offenen Betriebe Übung darin haben, je nach der Windrichtung über das gegenwärtige und kommende Wetter und seine evtl. Auswirkung richtig zu befinden.

Der Marxismus, dem in allen Tönen von den maßgebenden Regierungsstellen die Ausrottung wiederholt angekündigt wurde, hat dennoch ein respektables Wahlergebnis erzielt. Unter diesem Sammelbegriff werden bekanntlich zwei grundfänglich verschiedene Parteien und sonstige sehr unterschiedliche Organisationen einbezogen. Besonders unterschiedlich im Verhältnis zum Staat und in der Auffassung von Gesetz, Recht und Macht. Fragt man aber einen extremen Gegner, was er unter diesem Sammelbegriff versteht, wird man ganz selten eine sachlich richtige und klare Antwort erhalten. Woher sollen einseitige und verbißene Gegner so etwas auch wissen? Sie wurden vollgeproppelt mit allgemeinen Redensarten und müssen nun glauben, daß in der zurückliegenden Zeit „des verruchten Systems der 14 Jahre“, die marxistische Lehre wie ein inspirierender Geist über alle kleinen und großen Regierungs- und sonstigen Maßnahmen geschwebt und sie beeinflusst hat. Na, die organisierten Arbeiter und ihre Führung wissen aus eigener Erfahrung, daß dem niemals so war, und daß immer und in jedem Fall der Gesamtheit Recht und Gesetz im Vordergrund stand. Ja, man kann mit ruhigem Gewissen sagen, „das Nationale“ ist weder verunglimpft noch geschädigt worden. Nur hat die organisierte Arbeiterschaft samt ihrer Führung Distanz gehalten von dem einseitigen und überspizten Begriff des Nationalen. Die früheren Altschulischen waren bekanntlich dessen Befürworter, heute beherrsicht die Deffentlichkeit Ähnliches in etwas anderer Form.

Die organisierten Arbeiter und ihre Anhänger haben mit dem Stimmzettel auch diesmal neben anderem, gegen das einseitige und überspizte in der nationalen Betonung protektiert. Das ist durchaus nicht antinational, sondern gutes Staatsbürgerrecht, das niemals und niemanden beschnitten werden darf.

Aus den Wahlziffern geht noch deutlich hervor, daß die außerordentlich scharfen Regierungsmassnahmen aus Anlaß kommunistischer Unversändlichkeiten und der verbrecherischen Brandstiftung im Reichstagsgebäude sich ausgedehnt haben. Denn alles, was links steht, wurde von den Maßnahmen getroffen, wobei auf die sehr unterschiedlichen, organisatorisch und geistig sehr scharf abgegrenzten linken Schattierungen keine Rücksicht genommen und damit deren Wahlarbeit unterbunden wurde. Wenn man dieses bei Betrachtung des Wahlergebnisses mit in Berücksichtigung zieht, dann hat die Gegenseite, die davon profitierte, gar keine Veranlassung zu jubelieren, und die anderen haben keine, nun etwa den Kopf hängen zu lassen. Innere, klare Ueberzeugung ist ein wichtiges Gut; dessen Pflege und Betreuung kann nicht verboten werden. Das Weitere wird die Zukunft klären.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Berjammlungen:

Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, die Zahlstellenversammlungen pünktlich und regelmäßig zu besuchen. Mehr denn je erforderlich bei gegenwärtiger Lage in Deutschland den organisierten Zusammenhalt der Kollegen. Darum immer zur Stelle in jeder Zusammenkunft!

- Montag, 13. März
In **Bunzlau** um 9 Uhr im Volkshaus (Steinarbeiter).
- Mittwoch, 15. März
In **Hannover II** um 19 Uhr bei Mintz, Warstraße 20. (Delegiertenwahl — Verbandstag.)
- Sonntag, 18. März
In **Reichenbach i. Culengeb.** um 15.30 Uhr bei Beder.
- Sonntag, 19. März
In **Sirchberg** (Riesengebirg) um 14 Uhr in „Alte Hoffnung“.
- In **Bawalbau** (Zahlstelle Grünberg) um 14 Uhr bei Rippe.

Berlin. Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag für alle Mitglieder (Steinarbeiter und Steinseher) findet für die Berliner Zahlstelle in folgenden Bezirksversammlungen statt:

- Montag, 13. März,
in **Neutölln** um 19 Uhr bei Richter, Prinz-Sandberg-Straße 3,
in **Spandau** um 19.30 Uhr bei Höpner, Pichelsdorfer Straße 5.
- Dienstag, 14. März,
in **Bernau** um 17 Uhr im sogenannten alten Gewerkschaftshaus.
- Mittwoch, 15. März,
in **Hauen** um 18 Uhr bei Malinowski, Dammstraße 12a.
- Sonntag, 18. März,
in **Charlottenburg** um 19.30 Uhr, Sophie-Charlotte-Straße 88,
in **Caputh** um 19 Uhr im bekannten Lokal,
in **Steglich** um 19 Uhr bei Martin, Fichtestr. 4.
- Sonntag, 19. März,
in **Berlin** um 10 Uhr in den Brunnenfäden, Brunnenstraße 15,
in **Röpenitz-Miersdorf** um 10 Uhr bei Waldow, Berliner Straße 19,
in **Potsdam** um 10 Uhr im Volkshaus,
in **Michendorf** um 14 Uhr im Volkshaus.

Koburg. Der Pflasterunternehmer Jakob Knoch zahlt keine Tariflöhne und beschäftigt keine ansässigen Arbeiter. Der Betrieb ist deshalb gesperrt.

Stettin. Wegen Lohnunterschieden stehen die Steinhewer im Streit.

Im Bunzlauer Sandsteinbezirk ist die Lohnfrage noch nicht geregelt. Eine Zuwanderung von Steinhewer und Brechern erschwert die Regelung, muß also unterbleiben.

Dietikon (Schweiz). Die Firma Alfred Schmidwebers Erben, Marmor-, Granit- und Spenitwerke, hat am 1. März sämtliche 64 Arbeiter ausgesperrt, weil sie sich weigerten, einen Lohnabbau von 10 Prozent anzunehmen. Die Firma hat seit jeher die niedersten Löhne im Grabmal- und Marmorberufe gezahlt, hat keinen Preisabbau vollzogen, hat keine Konkurrenz vom Ausland mehr zu fürchten, hat finanziell in den letzten Jahren gut gearbeitet und verlangt nun Lohnreduktion. Der Betrieb ist nunmehr für alle Marmor- und Granitarbeiter gesperrt.

Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunterstützung erfolgt am Mittwoch, 15. März, von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr im Büro des Verbandes.

Der Zahlstellenvorstand veranstaltet am Mittwoch, 22. März, eine kostenlose Führung durch das Bergamon-Museum. Die dort ausgestellten Baudenkmäler werden Steinhewer und Bildhauer stark interessieren.

Alle Berliner Kollegen, besonders die erwerbslosen, werden gebeten, diese Gelegenheit zu benutzen und an der Besichtigung teilzunehmen. Treffpunkt um 12 Uhr an der Granitshale im Lustgarten.

Alsleben. Die Wahl der Verbandstagsdelegierten findet im Zahlstellenbezirk am 12. März statt, und zwar für Besebau und Liesenlaublingen im Gasthof zur Linde von 14 bis 19 Uhr. Zur gleichen Zeit in Alsleben im Lokal Beinhorn.

Berlorene Mitgliedsbücher: In Hamburg das Verbandsbuch Nr. 54 001 für Ludwig Hollmann, Marmorhackerseifer. In Gudenberg Nr. 50 006 für Wilhelm Klemme, Steinrichter.

Geforben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Bunzlau.** Am 11. Februar der Sandsteinmetz Otto Krause, 53 Jahre alt, ¼ Jahr krank Staubleung.
- Sohlbad** (Spre). Am 17. Februar der Granitsteinmetz Hermann Eisdold, 58 Jahre alt, 7 Jahre krank, Lungentuberkulose.
- Häselich** (Sa.). Am 19. Februar der Bruchmeister Emil Menschner, 60 Jahre alt, 4 Jahre krank, Herzschwäche.
- Nürnberg.** Am 22. Februar der Sandsteinmetz Paul Ruttmann, 63 Jahre alt, 2½ Jahre krank, Arterienverkalkung.
- Berlin.** Am 26. Februar der Schleifer Gustav Metzling, 61 Jahre alt, 2 Jahre krank, Schlaganfall. — Am 28. Februar der Schleifer Herm. Dahlke, 44 Jahre alt, 5 Monate krank, Blutvergiftung.

ERBE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Wiedler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.